

Wehrpolitische Standortbestimmung

Autor(en): **Gamper, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **139 (1973)**

Heft 3

PDF erstellt am: **19.03.2021**

Persistenter Link: <http://doi.org/10.5169/seals-48001>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wehrpolitische Standortbestimmung *

Oberst Rolf Gamber

Beurteilung der Lage

Die gegen eine zeitgemäße und ernst zu nehmende Armee gerichteten Tendenzen scheinen an Boden zu gewinnen. Haltlose, ja verleumderische Kritik an der Landesverteidigung verschaffte sich in steigendem Maße Gehör. Weshalb ist das so? Weshalb vor allem gelingt der Versuch nur zu oft, jene Kreise, die zu einer vernunftgemäßen militärischen Vorbereitung stehen, so unsicher zu machen, daß sich der Befürworter der Armee beinahe entschuldigen muß, wenn er Gründe für die Armee vorbringt?

Die Antwort auf diese Frage weist in verschiedene Richtungen: Zum Beispiel weil Entspannungshoffnungen einerseits und Entspannungspropaganda andererseits den Blick für herrschende und künftige Bedrohungen trüben; oder weil heute Ansätze dafür zu sehen sind, daß Verhandlungen vermehrt an die Stelle von offenen Konflikten treten. Oder weil kleine Gruppen von Extremisten mit verdoppelter Energie gegen die Armee und in der Armee agitieren. Dies sind aber nur Teilaspekte. Denn die Veränderung in der Einstellung gegenüber der Landesverteidigung ist ebenso sehr die Folge unserer eigenen Passivität. Wir waren lange Zeit der Ansicht, es genüge, daß jeder seinen militärischen Pflichten nachkomme. Wir glaubten uns bereits aktiv, wenn wir mit Aufrufen an die Öffentlichkeit traten. Und wir waren erstaunt, wenn alle diese Anstrengungen und Äußerungen die genannten Tendenzen nicht zu korrigieren vermochten. Nicht wenige von uns verfielen darob in Resignation, ja in einen Zustand der Apathie: Da es doch nichts nützte, habe es auch keinen Wert, den Rufer in der Wüste zu spielen. Man müsse den neuen Trend eben zur Kenntnis nehmen und mitmachen. Die Armee habe sich entsprechend der Kritik, vor allem aber auch entsprechend den Ansichten der Jugend zu ändern.

Das alles war aber nur möglich, weil wir uns nicht imstande zeigten, die Wandlungen des Bedrohungsbildes richtig zu deuten. In der Phase offenkundigen «kalten Krieges» war es noch einfach gewesen, vor Angriffen zu warnen. Demgegenüber herrscht ein besorgniserregendes Klima der Einschläferung:

- Der Marxismus-Leninismus, die Staatsreligion der totalitären Sowjetunion, aber auch halb anarchistische Forderungen nach radikaler Änderung unserer Gesellschaftsstruktur sind salonfähig geworden. Die rechtsstaatliche, demokratische Ordnung wird leichtfertig mit Zwangsstrukturen gleichgesetzt.
- Friedenspropaganda wird als Sicherheitsersatz angeboten und manchenorts sogleich als Tatsache akzeptiert. Kaum jemand fragt, wer die Kosten der sogenannten Entspannung zu tragen hat und wem es nützt, wenn die europäische Sicherheitskonferenz als Mittel zur Ausschaltung sämtlicher Probleme angesehen wird.

Wir haben nicht zur Kenntnis genommen, daß wir in eine Phase europäischer Politik eingetreten sind, die große Chancen für größere Sicherheit mit sich bringt, die aber mindestens so große Gefahren in sich trägt, weil sie eine Phase des indirekten Manövers und der Fortsetzung der Politik des militärischen Druckes mit Mitteln der Verhandlung und Unterwanderung ist. Und wir wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß sich die Gegebenheiten sehr rasch ändern können und es uns schwerfallen wird, in ebenso kurzer Zeit unseren Rückstand im geistigen wie im materiellen Bereich aufzuholen.

* Leicht überarbeitete Fassung des Berichts über die Tätigkeit des Vorstandes der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich im Geschäftsjahr 1972.

Wir haben, so scheint es, die Forderung der Stunde noch nicht akzeptiert, daß es gilt, ohne unsere herkömmlichen Pflichten innerhalb der Armee zu vernachlässigen, unser Engagement in der geistigen Auseinandersetzung um und für unseren Staat und seine Sicherheit zu verstärken. Die Mittel sind die Diskussion, die Information und die Argumentation. Verlangt werden Zivilcourage, Kenntnisse und Beschlagenheit. Verlangt wird insbesondere aber auch ein differenziertes Denken. Wir wollen nicht sture Traditionalisten sein, die notwendige Entwicklungen zu verunmöglichen suchen; wir wollen aber auch nichts über Bord werfen, was nach wie vor notwendig ist. Wir haben hiezu doch wohl eine gute Ausgangslage: Wenn wir an einer zeitgemäßen Landesverteidigung festhalten, dann können wir davon ausgehen, daß sie auch in Zukunft ein friedenssicherndes Element in Europa sein wird.

Die Entwicklung in bezug auf die materielle Rüstung der Armee erfüllt diejenigen, welche sich besonders mit dem Problem der Landesverteidigung befassen, mit tiefer Sorge. Das gilt zunächst für den Flugzeugentscheid des Bundesrates, dessen negative Wirkung weit über die unmittelbaren Folgen – die Verzögerung der dringlichen Erneuerung eines Teils unseres Flugmaterials – hinausgeht. Die Glaubwürdigkeit unserer Selbstbehauptungsbestrebungen und damit der bewaffneten Neutralität hat unter diesem Entscheid klar gelitten. Noch gravierender erscheint die relative Beschränkung der Militärausgaben bei explosionsartig zunehmenden laufenden Ausgaben. Sie hat zur Folge, daß eine angemessene Modernisierung der Armee, ja selbst das Schließen entscheidender Lücken in der Bewaffnung in Frage gestellt ist.

Unsere Hoffnung ist nur die, daß aus dem unglücklichen Entscheid in der Flugzeugbeschaffung doch auch eine vorteilhafte Wirkung erwächst, indem dieser aufsehenerregende Verzicht auf eine seit Jahren sorgfältig vorbereitete Beschaffung die Öffentlichkeit auf die drohende Schwächung des Kampfwertes der Armee aufmerksam macht und die Verantwortlichen veranlaßt, der Armee die Mittel zu sichern, welcher sie bedarf, um glaubwürdig zu bleiben.

Kalamität der Schieß- und Übungsplätze

Die Gründe für die bekannten Schwierigkeiten, denen die Suche nach geeigneten Plätzen begegnet, sind bekannt. Im Vordergrund stehen die rasche Überbauung weiterer Teile des Landes sowie die Erschließung bisher entlegener Gebiete. Dies alles darf aber nicht daran hindern, alles daranzusetzen, den Panzertruppen, der Panzerartillerie, aber auch den Infanteristen der Feldarmee ausgebaute und mit den nötigen Einrichtungen versehene Plätze zur Sicherstellung einer glaubhaften Ausbildung zur Verfügung zu stellen.

Diesem Ausbau, der den militärischen Wert der betreffenden Plätze entscheidend erhöhen würde, steht gegenwärtig hauptsächlich der Mangel an finanziellen Mitteln entgegen. Wir sind der Auffassung, daß, bei den dringlichen Rüstungsfragen, die nötigen Mittel für die Lösung dieses für den Wert unserer Ausbildung so wesentlichen Problems endlich bereitgestellt werden müssen. Es geht hier auch um die Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen, welche die kein Geld kostenden Vorschläge der Kommission Oswald seinerzeit ohne Verzug realisierten, bei den kostspieligen Vorschlägen jedoch zögern, etwas zu tun.

Mangelhafte Panzerabwehr

Der Vorrang der Panzerabwehr auf allen Stufen ergibt sich aus dem modernen Kriegsbild, das durch die Mittel, die Organisation und die Einsatzgrundsätze moderner Landstreitkräfte bestimmt wird. Die überwiegende Mehrheit der ausländischen

Verbände besteht aus mechanisierten Formationen, deren Stoßelemente Kampfpanzer sind. Von der entscheidenden Bedeutung der Kampfpanzer – und damit der Panzerabwehr – in jeder kriegerischen Auseinandersetzung in unserem näheren Umkreis legen die Bestände an Panzern, über die NATO und Warschauer Pakt verfügen, genug Zeugnis ab.

Hinsichtlich der Einsatzdoktrin unserer Armee und ihrer Verbände sind die entsprechenden Konsequenzen gezogen worden.

Die zweckmäßigste Doktrin und die gründlichste Schulung können jedoch den Erfolg nicht gewährleisten, wenn die unentbehrlichen Mittel fehlen. Diese sind aber in bezug auf die Panzerabwehr vorab der Infanterie immer noch nicht vorhanden.

Die Panzerabwehr muß auf den Stufen Einheit, Bataillon und Regiment entscheidend verbessert werden. Dabei würde es nicht genügen, dieses unbestrittene Bedürfnis bloß auf einer dieser Stufen zu erfüllen. Unerläßlich und dringlich ist eine Erhöhung der Reichweite der Panzerabwehrwaffen der Kompanien. Diese längst erkannte Forderung sollte als Sofortmaßnahme realisiert werden. Längerfristig sind aber auch die organische Zuteilung einer Panzerabwehrwaffe mittlerer Reichweite an die Bataillone sowie die Einführung geeigneter beweglicher Panzerbekämpfungsmittel auf der Stufe Regiment unabdingbar.

Für die letztgenannte Stufe kommen grundsätzlich zwei Lösungen in Frage: die Einführung von Kanonen/Raketen-Jagdpanzern auf der Stufe Regiment oder die Abgabe von Kampfpanzern an die Feld- und Grenzdivisionen, wobei in diesem Fall ein Teil derselben als Gegenschlagselement in der Hand der Division verbleiben, ein anderer Teil an die Regimenter abgegeben werden könnte. Der rentabelste Weg, den man auch im Ausland beschreitet, besteht wohl darin, Kampfpanzer, die in den mechanisierten Divisionen durch neuere Typen abgelöst werden, in die Feld- und Grenzdivisionen einzugliedern. Die Panzerabwehrkraft dieser Heereseinheiten würde damit ganz wesentlich verbessert.

Gravierende Raumschutzlücke

Mit der Bekämpfung von Panzern – allerdings auf der höheren taktischen beziehungsweise operativen Ebene – hat auch die Frage des Raumschutzes zu tun. Wir meinen den Raumschutz zugunsten der mechanisierten Verbände, welche Gegenschläge zu führen haben. Das Kanalisieren, Verlangsamen und Stoppen der gepanzerten gegnerischen Verbände durch die Infanterie bildet die Voraussetzung für den eigentlichen Abwehrerfolg, auf den alle Anstrengungen ausgerichtet sein müssen: das Vernichten der gegnerischen Panzer durch eigene Panzerverbände. Die Fähigkeit, diese Gegenschläge gegen einen durch die Infanterie geschwächten und in seiner Handlungsfreiheit eingeengten Gegner zu führen, hat für unseren Abwehrkampf damit ausschlaggebendes Gewicht.

Unser Problem ist das Fehlen von geeigneten Mitteln zur Beeinträchtigung der Aktionen der gegnerischen Flugwaffe. Es ist wahrscheinlich, daß ein Gegner zur Verhinderung unserer Gegenschläge seine Flugwaffe massiv einsetzen würde. Dabei wird er darauf ausgehen, unsere Panzer zu zerstören, bevor sie sich mit seinen eigenen Panzern verzahnt haben. Und umgekehrt müssen wir alles daransetzen, unseren Panzern den Anmarsch an den Gegner zu ermöglichen.

Die Aufgabe des Raumschutzes zugunsten der mechanisierten Kräfte wird damit operativ entscheidend. Wir sind überzeugt, daß die zur Lösung dieser Aufgabe notwendigen Mittel nun endlich bereitgestellt werden müssen. Wir gehen davon aus, daß diese Aufgabe am aussichtsreichsten durch das Zusammenwirken von terrestrischer Flak und Flugwaffe gelöst werden

könnte. Dementsprechend kommt der Beschaffung leistungsfähiger Fliegerabwehrmittel mittlerer Reichweite hohe Priorität zu. Derartige Waffen – Kanonen und Raketen – sind heute auf dem Markt erhältlich, und zwar im Inland wie im Ausland. Es ist daher vom Waffenangebot her möglich, diese für den Abwehrerfolg unserer Armee sehr ernste Lücke zu schließen.

Auf den Beitrag der Flugwaffe an den Raumschutz hat der Verzicht des Bundesrates auf die Beschaffung des vom EMD vorgeschlagenen Erdkampfflugzeuges keinen Einfluß. Der Raumschutz hätte bei Einführung des «Corsair A7» keine Verbesserung erfahren. Hingegen wurde allgemein angenommen, daß das nach dem neuen Erdkampfflugzeug zu beschaffende Flugzeug einen Beitrag zum Raumschutz zu leisten in der Lage sein würde.

Unter diesen Voraussetzungen halten wir für angebracht, daß die mit dem bundesrätlichen Entscheid geschaffene Lage dazu ausgenützt wird, die Aufgabenstellung der Flugwaffe und das Pflichtenheft eines neuen Kampfflugzeuges zu überprüfen. Diese Überprüfung müßte die Frage beantworten, welcher Beitrag der Flugwaffe für das Ganze am bedeutsamsten wäre: der Beitrag zum Raumschutz oder der Beitrag zur Bekämpfung der gegnerischen Erdstreitkräfte durch indirekte Unterstützung.

Die entscheidende Voraussetzung: ausreichende finanzielle Mittel für die militärische Landesverteidigung

Wir haben mit wachsender Sorge die Entwicklung hinsichtlich der für die Armee zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel verfolgt. Es ist nunmehr offensichtlich, daß die derzeit herrschende Tendenz, angesichts der Finanzprobleme der Eidgenossenschaft in erster Linie beim EMD zu sparen, die Kampfkraft der Armee in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ernstlich gefährdet. Wir sind der festen Überzeugung, daß die greifbare Gefahr eines Einfrierens der Armee auf dem heutigen Stand gebannt werden muß und kann. Jede unvoreingenommene Analyse der in Europa vorhandenen militärischen Mittel und der möglichen raschen Entwicklung im Bild der Bedrohung zeigt, daß das drohende Absinken der Kampf- und damit der Dissuasionskraft der Armee nicht zu verantworten ist. Das gilt namentlich angesichts der in unserer Bewaffnung klaffenden Lücken, deren gravierendste oben erläutert worden sind. Vergessen wir nicht, daß ein rasches Aufholen bei unseren langen Einführungs- und Beschaffungszeiten für uns nicht möglich ist! Wir sind uns durchaus bewußt, daß die Erweiterung der Staatsaufgaben im allgemeinen und der Bundesaufgaben im besonderen Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Landesverteidigung schafft. Das ändert indessen nichts daran, daß ganz einfach nicht verantwortet werden kann, wesentliche Bedürfnisse der Armee in bezug auf die Bewaffnung und Ausbildung weiterhin unerfüllt zu lassen. Das um so weniger, als die Militärausgaben volkswirtschaftlich gesehen nachweislich sehr wohl tragbar sind und in den letzten Jahren immer waren.

Die vorgesehenen Mittel reichen aber angesichts der kaum zu verhindernden Ausweitung der laufenden Ausgaben nicht aus, die wichtigsten Rüstungsbedürfnisse rechtzeitig zu erfüllen.

Wir rufen die Verantwortlichen im Bund deshalb auf, ihren Beitrag dazu zu leisten, daß der Armee die für die unentbehrlichen Verbesserungen der Bewaffnung und Ausrüstung, insbesondere in den in diesem Bericht hervorgehobenen Bereichen, notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Und wir sind nach wie vor überzeugt, daß auch unsere Politiker, welche die Kredite zu sprechen haben, ihre Zustimmung nicht verwehren und sich ihrer Verantwortung für die Erhaltung einer glaubwürdigen Armee nicht entschlagen werden, wenn

ihnen die notwendigen Bedürfnisse durch die zuständigen Instanzen der Armee mit allem Nachdruck dargelegt werden.

Die Forderung der Stunde

Es ist offensichtlich, daß es großer Anstrengungen bedarf, eine glaubhafte, wirksame Landesverteidigung zu erhalten. Die Anstrengungen der Offiziersgesellschaft sind dabei doppelter Natur. Einmal sollen unsere Hinweise auf die materiellen Probleme mithelfen, die Verantwortlichen von der Notwendigkeit zu überzeugen, deren Lösung entschlossen anzupacken.

Zum anderen geht es darum, daß wir die Herausforderungen der heutigen Zeit annehmen und uns bewußt werden, daß in bezug auf unsere Selbstbehauptung eine neue Situation entstanden ist, eine Situation, in der es auf den Einsatz jedes einzelnen ankommt, und zwar auf seinen Einsatz als Bürger ebenso wie als Wehrmann, als engagierter Zivilist ebenso wie als Offizier. Wir dürfen die alten Postulate nicht fallenlassen und müssen zu neuen Postulaten stehen. Dies alles können wir nur verwirklichen, wenn jeder von uns mithilft.

Wem diese Anstrengung unzumutbar erscheint, der möge sich vorstellen, was geschähe, wenn wir darauf verzichten würden: Können wir zulassen, daß unser Wille und unsere Fähigkeit zur Selbstbehauptung durch Propaganda und dadurch erzeugte falsche Vorstellungen systematisch geschwächt werden, obwohl keinerlei Gewißheit besteht, daß Entspannung und Gewaltverzicht allseitig anerkannt und von Dauer sein werden? Wollen wir einfach zusehen, wenn falsche Vorstellungen über Gehorsam und Disziplin, über die Funktion der Armee, über den Zweck unserer Wehrbereitschaft und über das Recht auf Notwehr immer weiter um sich greifen? Wir sind nicht dieser Auffassung. Wir sind vielmehr der Meinung, daß wir alle unserer Verantwortung gerecht werden müssen, und wir sind gewillt, diese Anstrengung zu erbringen.

Erziehung zum Frieden ... den ich meine!

Originalartikel aus der «Ostsee-Zeitung» (SED), Rostock, Nr. 108, vom 6./7. Mai 1972 (nach «Zeitbild» Nr. 19/1972).

Die sozialistische Wehrerziehung unserer Kinder ist bereits immer mehr zum festen Bestandteil der klassenmäßigen Erziehung geworden. Sie wird in unseren Bildungseinrichtungen unter Beachtung einer interessanten, erlebnisreichen und gefühlsmäßig wirkenden Tätigkeit gegliedert, nach den verschiedenen Altersgruppen der Jugend und der Kinder gestaltet. Das Anliegen unserer sozialistischen Wehrerziehung besteht darin, bei unseren Kindern die Bereitschaft zu wecken, jederzeit ihr sozialistisches Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik, sowie den Sozialismus überhaupt zu verteidigen.

Aus der Stellung der sozialistischen Wehrerziehung im gesamten Erziehungs- und Bildungsprozeß unserer Gesellschaft ergibt sich,

- daß die sozialistische Wehrerziehung nicht auf eine bestimmte Zeit, ein bestimmtes Fach oder auf einen engen Wirkungsbereich eingeschränkt werden darf, also ständig geführt werden muß;
- daß die sozialistische Wehrerziehung von allen zu leisten ist, die an der Erziehung und Bildung unserer Kinder beteiligt sind, also auch vom Elternhaus;
- daß die sozialistische Wehrerziehung alle pädagogischen Maß-

nahmen und Einwirkungen erfaßt, die darauf gerichtet sind, bei allen Jugendlichen und Kindern die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Verteidigung des Sozialismus herauszubilden.

Wie können nun Eltern Einfluß auf die sozialistische Wehrerziehung ihrer Kinder nehmen?

Die Bereitschaft zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes entwickelt sich in erster Linie aus der Liebe zu unserer Republik, aus dem Stolz auf unsere sozialistischen Errungenschaften. Verstehen wir es im täglichen Umgang mit unseren Kindern, diese Liebe zu entwickeln, indem wir ihnen über unsere Tätigkeit und unser immer schöner werdendes Leben berichten, entwickeln wir bei den Kindern solche Eigenschaften, die sie später befähigen, aktiv und bewußt am Aufbau des Sozialismus/Kommunismus mitzuwirken.

Bereits im Vorschulalter muß mit diesen pädagogischen Einwirkungen begonnen werden. So erfahren die Kinder zum Beispiel aus den Gesprächen mit ihren Eltern, wie schön und reich unser Leben von Tag zu Tag wird. Den Eltern stehen eine Vielzahl von Kinderbüchern mit Märchen und Geschichten aus dem Alltag unserer Gesellschaft zu Verfügung.

So zum Beispiel ein Photobilderbuch von Hanno Hüttner und Lotti Ortner unter dem Titel «Kleiner Bruder Staunemann». In sehr anschaulicher und verständlicher Weise wird das Kind hier an die Aufgaben der Soldaten, der Angehörigen der Nationalen Volksarmee, herangeführt. Das Buch ist so lustig geschrieben, daß die Kinder sich nicht satt daran hören können, wenn daraus vorgelesen wird.

Das Spiel hat eine große Bedeutung im Leben des Kindes, es hat die gleiche Bedeutung wie für den Erwachsenen die Tätigkeit, die Arbeit oder der Dienst.

Die Eltern haben einen wesentlichen Einfluß darauf, mit welchem Spielzeug die Kinder spielen. In den Spielzeugregalen unserer Kinder sollte deshalb militärisches Spielzeug nicht fehlen. In unseren Spielwarenhandlungen ist solch militärisches Spielzeug, wie Armeefahrzeuge, Panzer, Kanonen, Kriegsschiffe, Flugzeuge und Soldaten, erhältlich. Dieses Spielzeug erfüllt eine bedeutsame pädagogische Funktion. Selbstverständlich ist es dem Kind zunächst gleichgültig, mit welchen Nationalitätenkennzeichen dieses militärische Spielzeug versehen ist, allerdings der Charakter der einzelnen Armeen der Warschauer Vertragsstaaten kann dem kindlichen Vorstellungsvermögen entsprechend bereits sehr früh angedeutet und mit zunehmendem Alter entwickelt werden.

Zur Umwelt unserer Kinder gehören militärische Fahrzeuge ebenso wie die modernen Verkehrsmittel. Es ist nur natürlich, daß die so begehrten «Rollenspiele» der Kinder unser militärisches Leben mit erfassen. Der Handel bietet dazu entsprechende Nachbildungen des NVA-Stahlhelmes sowie verkleinerte Handfeuerwaffen aus Plastik. Die Eltern sollen erkennen, daß die militärische Technik in den Spielen unserer Kinder einen besonderen Raum einnimmt.

Militärische Rollenspiele oder unser im Handel erhältliches militärisches Spielzeug fördern keineswegs eine militärische Erziehung der Kinder. Sie wecken bei ihnen das technische Interesse und ermöglichen die Auseinandersetzung des Kindes mit einem sehr wichtigen Bereich seines künftigen Lebens als Erwachsener, der sozialistischen Landesverteidigung. Erklärt der Vater oder die Mutter dem Kind, mit welchen Aufgaben Panzer bei uns in der DDR und in den anderen sozialistischen Bruderländern fahren und mit welchen Zielen sie in imperialistischen Armeen benutzt werden, so dient das militärische Spielzeug auch der sozialistischen Wehrerziehung im Elternhaus.

Dipl.-Päd. Klaus-Peter Fischer